

## Analyse

# Immigration und Russlands Migrationspolitik: Streit um die Zukunft

Von Wladimir Mukomel, Zentrum für ethnopolitische und regionale Studien, Moskau

## Zusammenfassung

Während in den 1990er Jahren vor allem Kriegsflüchtlige und Aussiedler nach Russland immigrierten, domieren in den letzten Jahren Arbeitsmigranten, die vom russischen Wirtschaftsaufschwung profitieren wollen. Ihre Arbeitsbedingungen in Russland sind allerdings extrem schlecht und sie werden von der überwiegenden Mehrheit der russischen Bevölkerung sozial ausgegrenzt. Andererseits könnte Migration eine zentrale Antwort auf die demographischen Probleme des Landes, insbesondere den Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung, sein. Die russische Migrationspolitik hat auf dieses Dilemma bisher keine schlüssige Antwort formuliert.

## Einleitung

Hinter der Fassade stürmischer politischer Diskussionen über die Perspektiven der Immigration und Migrationspolitik verbirgt sich ein Zusammenprall von verschiedenen Ansichten zur Zukunft Russlands.

Die Befürworter einer Immigration – Vertreter von liberalen Ansichten und Pragmatiker – gehen von den langfristigen wirtschaftlichen, demographischen und politischen Interessen Russlands aus. Ihre Argumentation läuft darauf hinaus, dass Immigration ein sehr wichtiges Element sein kann, um den natürlichen Rückgang der Bevölkerung der Russischen Föderation aufzuhalten. Die russische Bevölkerung verringert sich jährlich um 700.000 Menschen und Immigration kann eine wichtige Rolle spielen, um die Verluste der russischen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter auszugleichen, das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial aufrechtzuerhalten, die Stabilität in einzelnen Regionen zu erhalten und die nationale Sicherheit zu garantieren.

Ihre Gegner, Kommunisten und „Nationalpatrioten“, beziehen sich hingegen auf die sozialen, religiösen und ethnischen Konsequenzen der Immigration. Da sie soziokulturellen Aspekten gegenüber sensibel sind, betonen sie die heutigen Herausforderungen und Bedrohungen und sprechen sich für eine harte Linie in der Migrationspolitik aus, wobei sie im Kontext einer isolationistischen Orientierung hin zu einer russischen bzw. christlich-orthodoxen Leitkultur stehen.

Diskussionen über die Migrationspolitik laufen auf ein Dilemma hinaus: entweder zahlt man für soziale Stabilität in der nächsten Zukunft mit wachsenden sozialen, wirtschaftlichen, politischen und demographischen Problemen auf lange Sicht, oder man unternimmt den Versuch, für die langfristigen Probleme

Lösungen zu finden, und nimmt dabei wachsende soziale Spannungen in der nahen Zukunft in Kauf.

## Die Immigration im postsowjetischen Russland: neue Abstufungen

Im postsowjetischen Russland kann man drei Immigrationswellen unterscheiden. Zuerst, zu Anfang der 1990er Jahre, waren es vor allem Immigranten, die gezwungen waren, aus Kriegs- und Konfliktzonen im postsowjetischen Raum zu fliehen, sowie Heimkehrern, die aus Russland ausgewandert waren und jetzt eilig die ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR verließen. Zu Spitzenzeiten (1992–1995) kamen jährlich ungefähr eine Million Immigranten aus den GUS-Staaten und dem Baltikum nach Russland. Die meisten Immigranten, die nach dem Zerfall der UdSSR nach Russland übersiedelten, kamen in dieser Zeit (siehe Grafiken 1 und 2 auf Seite 7). Ein bedeutender Teil dieser Immigranten erhielten Flüchtlings- oder Aussiedlerstatus (letztere haben die Staatsbürgerschaft der RF).

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wird der Strom der Immigranten allmählich geringer (siehe Tabelle 1 auf Seite 6). Die Zahl der Flüchtlinge ging fast auf Null zurück. Unter den Immigranten der zweiten Welle waren mehr und mehr Menschen, die aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nach Russland kamen.

In den 2000er Jahren kam die dritte Migrationswelle, die in zwei nach Umfang, Richtungen und Quote ungleiche Ströme aufgeteilt werden kann: die Immigranten, die nach Russland kommen, um sich niederzulassen, und die Arbeitsmigranten, die nur für eine gewisse Zeit in Russland bleiben wollen.

Der Zustrom der Immigranten pendelte sich auf die relativ niedrige Zahl von 120.000 bis 180.000 Menschen pro Jahr ein. Die Mehrzahl von ihnen sind

bis heute Russen oder so genannte „Russischsprachige“, Angehörige von ethnischen Minderheiten, die es traditionell in Russland gegeben hat, wobei allerdings unter den Immigranten die Zahl derer stetig ansteigt, die zu den indigenen ethnischen Gruppen der GUS-Länder gehören. Die Mehrheit der Immigranten sind Rückkehrer aus Kasachstan (31% aller Immigranten im Jahr 2005) und den übrigen Staaten Zentralasiens (32%).

Die Zahl der Arbeitsmigranten, die sich nur zeitweilig in Russland aufhalten, ist hingegen stark gestiegen: Zurzeit sind auf dem russischen Arbeitsmarkt ständig ca. 3 bis 3,5 Mio. Arbeitsmigranten, deren Anzahl in der saisonbedingt auf bis zu 4,5–5 Mio. anwächst und im Winter auf 2–2,5 Mio. sinkt. In der Mehrheit sind die Arbeitsmigranten Angehörige der ethnischen Gruppen der GUS-Staaten, besonders stark sind in Russland Migranten aus den zentralasiatischen Staaten, Aserbaidschaner und Ukrainer vertreten. Jeder fünfte Arbeitsmigrant kommt aus Staaten Südasiens, aus China oder anderen Staaten des „fernen“ Auslands.

### Die Motive der Migranten

Die politischen Faktoren, die die Immigration in den vorherigen Jahrzehnten beeinflusst haben, haben in den 2000er Jahren praktisch ihre Bedeutung verloren. Wirtschaftliche Motive sind endgültig zum dominierenden Faktor geworden. Die dynamische Entwicklung der russischen Wirtschaft macht Russland für viele Menschen aus benachbarten Ländern zu einem attraktiven Arbeits- und Wohnort. Bestimmend für die Motive der Immigranten sind die besseren sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und der höhere Lebensstandard in Russland.

Für Arbeitsmigranten sind dabei die Unterschiede im Arbeitslohn zwischen ihrem Heimatland und Russland von besonderer Bedeutung: So war z.B. das Lohnniveau 2005 in Russland elfmal höher als in Tadschikistan und immer noch fünfmal so hoch wie in Kirgisistan und Usbekistan 5mal geringer. Auch die hohe Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern der GUS spielt eine große Rolle: In Armenien gibt es mehr als hundert Bewerber für eine freie Stelle, in Georgien über 20 in Russland hingegen weniger als drei. (Einen Überblick gibt Grafik 3 auf Seite 7).

Russland, dessen Arbeitslosigkeit strukturell bedingt ist und wo es viele Arbeitsplätze gibt, ist der zentrale Anziehungspunkt für Arbeitsmigranten aus allen GUS-Staaten. Die Attraktivität Russlands ist nicht nur der Tatsache zu verdanken, dass es in Russland Arbeit und Verdienstmöglichkeiten gibt, sondern auch dadurch bedingt, dass die Migranten

die russische Sprache und Realität kennen, ferner gibt es gemeinsame Traditionen und Kulturen, die auch 15 Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR fortwirken, auch gibt es oft verwandtschaftliche Beziehungen und regelmäßige Kommunikation.

### Rechtlicher Status

Klar definiert werden soziale und wirtschaftliche Rechte nur für offiziell anerkannte Flüchtlinge (etwa 500 Personen) und Menschen, die einen temporären Status als Flüchtlinge erhalten haben (etwa 1.000 Personen). Ausländer, die eine ständige Aufenthaltsgenehmigung (131.000 Personen) oder eine befristete Aufenthaltsgenehmigung (174.000 Personen) haben, haben im Prinzip ebenfalls weitreichende Rechte einschließlich eines kaum beschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt. Durch Lücken in der russischen Gesetzgebung haben sie allerdings in der Praxis Schwierigkeiten bei einer Reihe von sozialen Rechten.

Die Mehrheit der Migranten hingegen ist in Russland weitgehend rechtlos. Bis zu 90% der Migranten haben aufgrund einer unvollkommenen Gesetzgebung und fehlender eindeutiger Prozeduren für die Anwendung der Gesetze keine befristete Aufenthaltsgenehmigung und/oder keine Arbeitserlaubnis. Alle ausländischen Staatsbürger, die sich befristet in Russland aufhalten, müssen eine Arbeitserlaubnis haben. Eine Aufenthaltsgenehmigung wird aber nur für drei Monate ausgestellt; um sie zu verlängern, muss man aus Russland aus- und wieder einreisen. Die sozialen Rechte dieser illegalen Migranten sind de facto beschränkt auf medizinische Versorgung bei Unfällen und auf den Schulbesuch für ihre Kinder.

### Wirtschaftliche Folgen

Russland hat einen starken Bedarf an Arbeitskräften. Die traditionellen Quellen für neue Arbeitskräfte – Frauen und die Landbevölkerung – sind schon vor einigen Jahrzehnten erschöpft worden. Die letzte Ressource, die Jugend, die ins arbeitsfähige Alter eintritt, ist ebenso praktisch erschöpft: ab 2006–2007 wird der natürliche Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung die Anzahl derer, die ins arbeitsfähige Alter eintreten, übertreffen. Bis vor kurzem wuchs die arbeitsfähige Bevölkerung trotz des Bevölkerungsrückganges dank einer günstigen Altersstruktur der Bevölkerung. Zum Jahr 2026 wird der natürliche Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung 17 bis 19 Mio. Menschen erreichen, ungefähr ein Viertel der Anzahl der heute in der Wirtschaft Russlands beschäftigten Menschen.

Schon heute gibt es in Russland Wirtschaftsbereiche, die in großem Maße dank der Arbeitsmigranten funk-

tionieren: Bauwirtschaft, Groß- und Einzelhandel, kommunale und persönliche Dienstleistungen, Großküchen und der öffentliche Nahverkehr. Migranten sind für schlechte oder schwere und saisonale Arbeit mit geringem Verdienst gefragt, an der die einheimische Bevölkerung nicht interessiert ist.

Da sie Arbeitsplätze besetzen, die bei der einheimischen Bevölkerung nicht beliebt sind, konkurrieren die Migranten auf dem Arbeitsmarkt mit unqualifizierten Arbeitskräften. Diese Konkurrenz wird dadurch verschärft, dass die Migranten die Preise drücken: Die überwiegende Mehrheit der Migranten sind illegale Einwanderer und lassen sich auf Löhne ein, die für die einheimische Bevölkerung inakzeptabel sind. Dabei haben die Migranten verschiedenen Untersuchungen zufolge eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 bis 65 Stunden.

Der Zustrom von unqualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland – 80% der Migranten üben Tätigkeiten aus, die keine Qualifikation erfordern –, ist für einheimische unqualifizierte Arbeitskräfte nicht von Vorteil, wohl aber für die übrige Bevölkerung Russlands, da er niedrigere Preise für Waren und Dienstleistungen und damit eine erhöhte Konkurrenzfähigkeit der russischen Wirtschaft fördert.

Im Jahr 2004 betrug der Verdienst der Migranten insgesamt ungefähr 9 Mrd. US-Dollar. Von dieser Summe wurden 3,5–4,0 Mrd. US-Dollar von den Migranten in ihre Heimatländer transferiert, vor allem nach Aserbaidschan und in die Ukraine (siehe Grafik 4 auf Seite 8). In diesem Jahr könnte der Verdienst der Migranten aufgrund der gestiegenen Arbeitskosten und des steigenden Kurses des Rubels gegenüber dem US-Dollar auf 14 Mrd. US-Dollar und die Überweisungen in die Heimatländer auf 6 Mrd. US-Dollar ansteigen.

Die Arbeit der überwiegenden Mehrheit der Migranten gleicht Zwangsarbeit. Eine fehlende Arbeitserlaubnis und/oder Aufenthaltsgenehmigung für Russland macht sie äußerst abhängig vom Arbeitgeber. In Russland sind die Risiken, die illegale Migranten eingehen, wegen der Kollaboration von gewissenlosen Arbeitgebern mit der Polizei und wegen Korruption noch um ein Vielfaches größer. Verspätete oder keine Lohnauszahlung, Geldstrafen, das Zurückhalten von Personalausweisen oder persönlichen Wertgegenständen, die Drohung, die Migranten an die Behörden auszuliefern oder zu deportieren sind alltägliche Praktiken. Bei einer Umfrage gab es unter den befragten Migranten in Moskau und Stawropol nicht einen einzigen (!), der keine Gewalt oder Nötigung erlitten hatte.

### Die soziale Ausgrenzung der Migranten: Folgen für die russische Gesellschaft

Das Fehlen eines freien Zugangs zum Arbeitsmarkt, von Arbeitsrechten, von sozialem Schutz und eines sozialen Dialoges sind russische Realität, mit der die Mehrheit der Arbeitsmigranten und ein bedeutender Teil der Immigranten konfrontiert werden.

Der Mangel anwürdiger Arbeit und der illegale Charakter der Beschäftigung von Migranten sind wichtige Determinanten ihrer Separation von der aufnehmenden Gesellschaft. Ein weiterer Faktor, der die soziale Ausgrenzung der Migranten fördert, ist die ständig und überall wachsende Fremdenfeindlichkeit, die in allen Schichten der russischen Gesellschaft zu finden ist.

In Russland, wo die bürgerliche Identität durch eine ethnische ersetzt wird, ist letztere heute zum definierenden Marker der Beziehungen „eigene – fremde“ geworden. Die übertriebene Bedeutung der Ethnizität, die dabei ist, alle sozialen Kontakte zu durchdringen, berührt in erster Linie die Migranten: Die Migrantophobie hat einen offensichtlich ethnischen Bezugspunkt.

Einer Umfrage des Lewada-Zentrums zufolge meinten im Juli 2005 nur 10% der Befragten, dass „Russland die Migranten braucht, die hierher kommen, um für immer zu bleiben und die russische Staatsbürgerschaft zu erwerben“, 15% meinten, dass „Russland die Migranten benötigt, die nur hierher kommen, um Geld zu verdienen; nur 8% waren der Meinung, dass „Russland sowohl die einen wie die anderen Migranten braucht“. 57% der Befragten würden ein Aufenthaltsverbot in ihrer Stadt oder ihrem Bezirk für Menschen aus dem Kaukasus (darunter auch für russische Staatsbürger, die im Nordkaukasus leben) positiv aufnehmen, 53% ein ebensolches Verbot für Menschen aus Zentralasien.

Unter der Bevölkerung Russlands herrscht eine harte Haltung gegen eine Integration der Migranten in die Gesellschaft. Russische Bürger wollen mit größerer Mehrheit Migranten den Zugang zum Arbeitsmarkt verwehren und den Erwerb von Eigentum in Russland verbieten. Die Mehrheit der Respondenten möchte Migranten auch nicht unter ihren Verwandten oder Nachbarn sehen (siehe Tabellen 2 und 3 sowie Grafik 5 auf Seite 8 und 9).

Die Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung administrative und andere Maßnahmen befürwortet, die eine Integration der Migranten behindert, schafft ein Klima für Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Auf dem Arbeitsmarkt drückt sich

die Diskriminierung durch einen begrenzten Zugang zu bestimmten Arbeiten und Arbeitsbereichen, in der Bezahlung und in den Arbeitsbedingungen aus. Noch deutlicher ist die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt: Praktisch in allen Regionen sind Zeitungsanzeigen für Mietangebote mit dem Zusatz „Vermietung [nur] an russische Familie“ zu finden (siehe Grafik 6 auf Seite 9).

In der Gesellschaft ist ein Prozess der Stratifikation ethnischer Gruppen und der Etablierung von Hierarchien in Gange, bei dem den Migranten eine klar umrissene soziale Nische zugewiesen wird. Weder die Mehrheit, noch die in Russland traditionell ansässigen Minderheiten, noch die Regierung und die Behörden heißen Versuche, diese Nische zu verlassen, willkommen.

Eine soziale Konvention, die auf einer solchen Stratifikation aufbaut, entspricht nicht den langfristigen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung der russischen Gesellschaft. Da sie gesellschaftliche Kommunikationen und soziale Verbindungen auf eng kanalisiert und soziale Werte verändert, schafft eine solche Konvention erneut eine segmentierte Gesellschaft mit einem entsprechenden Anwachsen sozialen Konfliktpotenzials und untergräbt somit die im Entstehen begriffene Zivilgesellschaft.

Die verbreitete illegale Ausnutzung der Zwangsarbeit von Migranten und ihre Diskriminierung gehen einher mit der Ignorierung von Menschenrechtsverletzungen durch die Gesellschaft und der Erosion von gesellschaftlicher Moral und von gesellschaftlich akzeptierten Werten.

### Der Zickzackkurs der Migrationspolitik

In den 1990er Jahren konzentrierte sich die russische Migrationspolitik auf die Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Aussiedler. In dieser Zeit wurden die rechtlichen Grundlagen der Migrationspolitik gelegt, die dann in mittelfristigen föderalen Migrationsprogrammen angewandt wurden, abgesichert durch ihre relativ stabile und transparente Finanzierung.

Zur Jahreswende 2001–2002 wurde die russische Migrationspolitik einer grundlegenden Revision unterworfen: der Kampf gegen die illegale Migration wurde in den Mittelpunkt gerückt, die die Regierung mit Verbrechen und Terrorismus in Verbindung brachte.

Der Föderale Migrationsdienst wurde einer Reorganisation unterzogen, in das Innenministerium überführt und direkt dem Präsidenten unterstellt. Die Regierung richtete ihr Augenmerk auf die Etablierung einer Vertikale, die imstande sein sollte,

die Anweisungen des Präsidenten gebührend zu empfangen, weiterzugeben und auszuführen. Von 2002 an war die Migrationspolitik die Politik des Präsidenten.

Gleichzeitig wurde die Gesetzgebung verschärft, die die Einbürgerung und die rechtliche Lage von Ausländern regelten. Die Abschaffung der föderalen Migrationsprogramme förderte einen Verlust an Transparenz und Berechenbarkeit der Migrationspolitik, und die „Machtvertikale“, die die Regionen ihrer Vollmachten auf diesem Gebiet beraubte, führte zu ihrer Zentralisierung.

Die Ergebnisse der Politik von 2002–2004 sind beklagenswert: Die Immigration ist latent geworden und die Zahl der Migranten mit einem unregelmäßigen rechtlichen Status ist ständig angewachsen. Diese Politik hat nicht nur die in sie gesetzten Erwartungen bei dem Kampf gegen die illegale Migration nicht erfüllt, sie hat auch neue Probleme hervorgebracht, im Zusammenhang mit dem Funktionieren der russischen Wirtschaft.

Nach ihrem offensichtlichen Scheitern wurde diese Politik im März 2005 wiederum einer Revision unterzogen, als im Sicherheitsrat, dessen Vorsitz der Präsident innehat, entschieden wurde, sie zu liberalisieren und umzuorientieren, um Migranten anzuziehen.

Gegenwärtig wird die Konzeption der Migrationspolitik revidiert und es liegt ein Gesetzesentwurf vor, der die Registrierung des befristeten Aufenthalts von Ausländern und den Zugang von Migranten auf den russischen Arbeitsmarkt erleichtert. Es wird ein Programm zur Unterstützung der freiwilligen Übersiedlung von in Russland traditionell vertretenen ethnischen Gruppen entwickelt.

Diese Maßnahmen könnten eigentlich nur begrüßt werden, wenn da nicht ein „aber“ wäre... Erstens wird erklärt, dass prioritär qualifizierte Spezialisten aus dem Ausland angezogen werden sollen – zu einer Zeit, da die russische Wirtschaft einen Bedarf für unqualifizierte Arbeitnehmer und sehr hoch qualifizierte Spezialisten hat. Zweitens sollen Landsleute herangezogen werden, obwohl das Migrationspotential dieser Gruppe begrenzt ist und nicht mehr als 6–7 Mio. Menschen beträgt. Drittens wird angenommen, dass für die Landsleute günstige Bedingungen geschaffen werden: der Umzug wird bezahlt, es werden Arbeitsplätze und Infrastruktur geschaffen, es werden Wohnungen gebaut, usw. Für die Aufnahme und die Eingliederung von 1 Mio. Immigranten müssen ungefähr 170 Mrd. Rubel aufgewendet werden – Mittel, die jährlich für alle nationalen Projekte zusammen budgetiert werden. Viertens wird vorausgesetzt, dass die Landsleute in jene Regionen geschickt werden, die



an Bevölkerung verlieren, in den Fernen Osten und nach Sibirien. Wenn in Betracht gezogen wird, dass die Mehrheit der potenziellen migrationswilligen Landsleute in Zentralasien unter gänzlich anderen klimatischen Bedingungen und in völlig anderer Natur leben, wird die Kurzlebigkeit dieses Vorhabens deutlich.

Eine wichtige Rolle für eine Wende in der Migrationspolitik spielt der Faktor Zeit: Die Parlamentswahlen Ende 2007 und Präsidentenwahlen Anfang 2008 bedeuten, dass der Kurswechsel schnell erfolgen muss. Der nächste Winter ist eine Art von „point of no return“, nach dem es gefährlich wird, am Vorabend der Wahlen noch eine solche Wendung zu vollziehen.

### Die Wege des sowjetischen Erbes

Im russischen Diskurs werden die negativen Aspekte der Immigration betont, positive Konsequenzen werden praktisch nicht diskutiert. Viele Nuancen des russischen Diskurses und der Stimmungen innerhalb der Gesellschaft gegenüber den Migranten können ohne ein Verständnis für die Schwäche der Institutionen einer Zivilgesellschaft nicht verstanden werden, auch ist das bürgerliche Selbstbewusstsein unterentwickelt und es gibt in Russland keine Traditionen einer Kontrolle durch den Bürger.

Die Vorstellungen der Regierung und der Bevölkerung hinsichtlich der Migrationsprozesse und ihrer Regulierung fußt in vieler Hinsicht auf

sowjetischer Erfahrung. Heute wirkt es sich auf die Beziehungen zu den Migranten aus, dass die sowjetische Gesellschaft geschlossen war und dass es die letzten 150 Jahre keine verwurzelte Tradition der Immigration nach Russland gegeben hat. In den russischen Diskursen zur Migrationspolitik dominieren heute schwarzseherische Stimmungen.

Auch die Vorstellung von der Wirksamkeit administrativer Maßnahmen (z.B. die *Propiska* [die Anmeldebestätigung für den Wohnort, die aus sowjetischer Zeit stammt]), die zu einer anderen Zeit funktionierten, und das postsowjetische Syndrom, dass politische und administrative Überlegungen Vorrang vor wirtschaftliche Faktoren haben, sind von der Erfahrung der Sowjetzeit beeinflusst.

Die Unterbewertung der sozialen Faktoren einer Entscheidung zur Migration (darunter auch die Einstellungen zu den Migranten in der russischen Gesellschaft), neue Entwicklungen in der russischen Wirtschaft, der ständige Bedarf an Arbeit, die von Migranten geleistet wird, gehen einher mit einer Überbewertung der Möglichkeiten einer Regulierung der Migrantenströme.

Vielleicht das Wichtigste: die Rolle, die eine Integrationspolitik zur Überwindung der negativen Konsequenzen der ethnosozialen Stratifikation und der Ausgrenzung von Migranten spielen könnte, wird offensichtlich unterschätzt.

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann  
Redaktion: Heiko Pleines*

Über den Autoren:

Dr. Wladimir Mukomel ist Direktor des Zentrums für ethnopolitische und regionale Studien in Moskau.

## Tabellen und Grafiken zum Text

### Migration in Zahlen und Grafiken

Tabelle 1: Migrationsbalance Russlands mit der GUS und dem Baltikum 1991–2005 (in Tsd.)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Immigration	692	926	923	1146	841	631	583	495	367	350	186	175	122	112	170
Emigration	-587	-570	-369	-232	-229	-191	-150	-133	-130	-83	-62	-52	-47	-38	-37
Migrations-saldo	105	356	554	914	612	440	433	362	237	267	124	123	75	73	133

Quelle: Russischer Staatlicher Dienst für Statistik